

Beschluss Umwelt erhalten - Flächen sparen: Grüner Grundsatzbeschluss zu Gewerbegebieten im Landkreis Pfaffenhofen

Gremium: Kreisversammlung

Beschlussdatum: 18.07.2021

Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

Text

1 Etwa 18 Fußballfelder werden in Bayern täglich neu für die Menschen nutzbar
2 gemacht. Für Wohnen, Mobilität, aber auch für Gewerbe- und Industrieflächen.
3 „Der Flächenfraß Bayerns ist eines der größten regionalen Umweltprobleme unserer
4 Zeit – und wird von vielen kaum wahrgenommen“, schreibt der BUND Bayern. Das ist
5 nicht nur im Zuge der Erderhitzung problematisch, sondern beschneidet immer mehr
6 die Lebensräume unserer Tiere und Pflanzen. Wir GRÜNE wollen bundesweit den
7 Flächenverbrauch bis 2030 um die Hälfte senken. Letztendlich müssen wir aber
8 bald mit den vorhandenen Flächen auskommen, das heißt perspektivisch muss der
9 neue Flächenverbrauch auf 0.

10 Auch im Landkreis Pfaffenhofen ist die immer weiter fortschreitende Zersiedelung
11 und Versiegelung spürbar: Ständig befinden sich diverse Gewerbegebiete in
12 unterschiedlichsten Stadien der Planung oder Entstehung. In der Folge entsteht
13 viel Verkehr und die Flächen für die Natur (auch für den Naturschutz) sind rar.
14 Verträgliches Wachstum sieht anders aus.

15 Wir GRÜNE wollen Vorrang für den Schutz der Natur und betrachten uns als Anwälte
16 der unversiegelten Flächen gegenüber dem Wachstumsstreben vieler Gemeinden.
17 Deshalb setzen wir uns für folgende Grundsätze ein:

- 18 1. Neuen Gewerbegebieten können wir nur in begründeten Einzelfällen
19 zustimmen, bei denen unten stehende Kriterien erfüllt sind.¹
- 20 2. Sollten diese Kriterien erfüllt sein müssen nachhaltige, ökologische
21 Gewerbegebiete entstehen². Im Zuge der Planung erfolgt eine Beratung durch
22 das Landratsamt anhand nachvollziehbarer Mindeststandards.
- 23 3. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass schon vorhandene Gewerbegebiete
24 nachhaltiger und ökologischer werden (auch Entsiegelung ist möglich!).
- 25 4. Die Umnutzung von schon versiegelten Flächen bzw. Gebäuden (beispielsweise
26 aufgelassene Hofstellen) begrüßen wir.
- 27 5. Wohnen, Einkaufen und Arbeiten gehören in den Ortskern und wir setzen uns
28 deshalb für das Prinzip "Innen vor Außen" ein.
- 29 6. Der Erhalt von Arbeitsplätzen ist uns wichtig, deshalb wollen wir für
30 unsere, zum Teil auch weltweit erfolgreichen, kleinen und
31 mittelständischen Betriebe in ganz begrenzten Ausnahmefällen die
32 Möglichkeit schaffen, sich am Ortsrand neu anzusiedeln sollte eine
33 (Weiter-)Entwicklung innerorts nur schwer möglich sein.

¹Kriterien für eine GRÜNE Zustimmung zu einem Gewerbegebiet:

- Den Bedürfnissen des Natur- und Landschaftsschutzes wird Rechnung getragen.
- Weder die Untere Naturschutzbehörde noch anerkannte Naturschutzverbände haben Einwände gegen dieses Gewerbegebiet.
- Es gibt in der Kommune Baulücken- und Brachflächenkataster (die wir überall beantragen werden, wo sie nicht vorhanden sind) sowie Aktivierungstätigkeiten des Innenpotentials.
- Es gibt nachweisbar keine Potentiale für eine Innenentwicklung.
- Es liegt eine Darstellung des Bedarfs und der Nachfrage nach Neubauflächen nach realistischen und nachprüfbaren Kriterien vor.
- Es sollen vorrangig Handwerks- und Gewerbebetriebe angesiedelt werden, die aus dem unmittelbaren Umkreis bzw. aus dem Landkreis Pfaffenhofen kommen.
- Keine Einzelhandelsansiedlungen auf der „grünen Wiese“.
- Es liegt eine positive städtebauliche Einschätzung vor.
- Einzelhandelsflächen nur in geringer Größe (max. 150 m²), wenn sie unmittelbar zu einem Handwerksbetriebe gehören (z. B. Ausstellungsraum eines Schreiners oder Installateurs).
- Keine Ansiedlung von Logistikbetrieben.
- Keine Abwerbung von Betrieben aus anderen Regionen.

54 ²Nachhaltige Gewerbegebiete

- 55 • Die Energieversorgung des Gewerbegebietes erfolgt 100 % aus regenerativen
56 und in besonders hohem Maße auch aus heimischen Energiequellen.
- 57 • Es wird beim Bau verstärkt Wert auf nachhaltige Baustoffe und
58 Wiederverwendbarkeit der Materialien (Cradle to Cradle) gelegt.
- 59 • Multiple Grundflächennutzung (Beispiel Parken, Wohnbau, PV über
60 Parkplätzen) ist zu prüfen.
- 61 • Es besteht eine Anbindung an den ÖPNV mit regelmäßigen Verbindungen zum
62 nächstgelegenen Bahnhof.
- 63 • Eine Anbindung an das Radwegenetz und eine Stellplatzsatzung für Fahrräder
64 sind obligatorisch.
- 65 • Betriebliches Mobilitätsmanagement priorisiert nachhaltige Verkehrsmittel.
- 66 • Ladestationen für elektrisch betriebene Verkehrsmittel sind zu
67 installieren.
- 68 • PV ist wo immer möglich zu installieren, um die Energieversorgung mit
69 Eigenproduktion zu unterstützen.
- 70 • Die Wärmeversorgung wird nachhaltig gelöst (Beispiel Nahwärme).
- 71 • Dach- und Fassadenbegrünung müssen, wo immer möglich, Bestandteile der
72 Gebäude sein.
- 73 • Die Versiegelung ist nachweisbar so gering wie möglich zu halten (Höhe
74 statt Breite). Alternativen sind grundsätzlich zu prüfen (Beispiel:
75 Retentionsmulde).
- 76 • Für die Grünflächen wird eine Biodiversitätsstrategie entwickelt.
- 77 • Es sind ausreichende Blühflächen und Baumbestand einzuplanen.
- 78 • Nächtliche Beleuchtung wird minimiert und insektenfreundliche Leuchtmittel
79 verwendet
- 80 • Die Ansiedlung von Tieren, z. B. durch Nisthilfen oder einen kleinen
81 Teich, soll wo es geht ermöglicht werden. Barrieren (Zäune, Spundwände)
82 für Tiere sind zu vermeiden.
- 83 • Bei Glasflächen soll Vogelschlag, beispielsweise durch spezielles
84 Vogelschutzglas, vermieden werden.